

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 33 (2014)
Heft: 65

Artikel: Klassengesellschaft im Krieg : zwischen Neutralität und
Wirtschaftsprofiteuren : zur Rolle der Schweiz im Ersten Weltkrieg
Autor: Schächli, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652673>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DISKUSSION

Hans Schächli

Klassengesellschaft im Krieg

Zwischen Neutralität und Wirtschaftsprofiten. Zur Rolle der Schweiz im Ersten Weltkrieg

Die Kriegszeit 1914–1918 war eine Zeit beschleunigter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen. Wie kein Ereignis seit der Französischen Revolution erschütterte der Erste Weltkrieg die Gesellschaft in Europa bis in die Grundfesten und löste neue Entwicklungen aus, vorab in Russland, Deutschland, Italien und dem Balkan. Reiche sind zerfallen, neue Nationalstaaten entstanden, alte imperiale Ansprüche überlebten und neue wurden geboren. Vorab aber war dieser «Grosse Krieg» der Auftakt zum Jahrhundert der Kriege (Kolko 1999). Er setzte ein vorher undenkbares zerstörerisches Potential frei, verursachte Millionen von Toten, Verwundeten und Vertriebenen. Andererseits bewirkte der Krieg trotz anfänglicher Schwäche der Antikriegsbewegung der Zweiten Internationale einen wachsenden Widerstand mit Fraternisierungen der gegnerischen Truppen in den Schützengräben an der Westfront bereits an Weihnachten 1914. Es kam zu Desertationen, Protesten, Meutereien, Streiks bis zu den Revolutionen in Russland und den Rätebewegungen in Deutschland, Italien und Ungarn. Und drittens wurde der Krieg nach ursprünglich eher improvisierten Kriegsökonomien zum Motor einer industrialisierten Rüstungswirtschaft und einer Kriegsführung mit neuen Waffensystemen mit grossen Folgen für die Staatsfinanzen. Mit dem Ersten Weltkrieg wurde der militärisch-industrielle Komplex zu einer der wichtigsten Triebkräfte der kapitalistischen Entwicklung.

Die Schweiz blieb vom Krieg verschont. Auch sie erlebte wichtige Veränderungen, vorab eine massive Verschärfung der Klassengegensätze, aber keine grundsätzliche Erschütterung der Gesellschaftsordnung. Breite Bevölkerungsschichten litten seit dem Sommer 1916 bitterste Not, während

den Unternehmern dank der Lieferung von Kriegsmaterial und vielen Bauern, aufgrund von Preistreiberei, hohe Kriegsgewinne winkten. Auch in der Schweiz kam es zu einer Radikalisierung und Stärkung der Arbeiterbewegung. Höhepunkt war der Landesstreik von 1918, in dem die Armee gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt wurde. Die bürgerliche Klassenherrschaft überlebte den Krieg und hat sich nach der Wirtschaftskrise 1920/21 eher noch verfestigt.

Dieser Aufsatz richtet sein Hauptaugenmerk auf die Stellung der Schweiz im europäischen Staatensystem, auf den sehr prekären Status ihrer Neutralität, auf die mit dieser verbundenen wirtschaftlichen Profitabilität sowie auf die Rolle der Schweiz als Trittbrettfahrerin im imperialistischen System, als sicherer Hafen für Fluchtkapital und als steuerliche «Schatzinsel» (Shaxson 2011).

Während es damals selbst bürgerlichen Zeitgenossen klar war, dass dem Ersten Weltkrieg imperialistische Ambitionen und Rivalitäten zugrunde lagen und das deutsche Kaiserreich dabei eine besonders aggressive Rolle spielte, wird heute die Geschichtsschreibung gemäss den neuen Machtkonstellationen – westliches Lager gegen Russland und China – eifrig revidiert. Man ist in den Krieg hineingeschlittert wie «Schlafwandler», keiner wollte ihn so richtig, und wenn schon haben Serbien und Russland eine problematische Rolle gespielt (Clark 2014). Und andere greifen die nach 1918 eifrig diskutierte Frage wieder auf, wie viele Truppen Deutschland fehlten, dass es den Krieg doch noch hätte gewinnen können (Münkler 2013). Auffallend ist, dass die Frage nach den sozialökonomischen Ursachen des Kriegs gemieden wird (Wette 2014; Pätzold 2014).

Was die Schweiz betrifft, die vom Krieg verschont blieb, stand bis vor kurzem ihre Rolle im Zweiten Weltkrieg im Vordergrund von Forschung und politischen Debatten. Nun hat sich die Geschichtsschreibung auch verstärkt der Schweiz im Ersten Weltkrieg zugewandt. Erwähnt seien hier insbesondere die Arbeiten von Roman Rossfeld, Tobias Straumann, Rudolf Jaun, Konrad J. Kuhn, Béatrice Ziegler und Adrian Zimmermann. Dennoch gibt es in der Aufarbeitung des Ersten Weltkriegs noch Lücken. Diese zu schliessen, ist wohl das Ziel des Sinergia-Projekts der Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Zürich unter der Leitung von Jakob Tanner. Als Gesamtdarstellung ist im «Jubiläumsjahr» das reich dokumentierte und bebilderte Buch *Insel der unsicheren Geborgenheit* erschienen (Kreis 2014). Darin werden auch heute noch aktuelle Themen wie etwa die in dieser Zeit entstehende Fremdenfeindlichkeit und AusländerInnenkontrolle herausgearbeitet. Das wachsende Elend der Arbeiterschichten wird eindrücklich am Beispiel Basels im kürzlich erschienenen Buch *Krieg und Krise. Basel 1914–1918* geschildert (Labhardt 2014).

Die Lage vor dem Krieg

Die Herausbildung des «klassischen» Imperialismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts war eng verknüpft mit der Grossen Depression von 1873–1896 und deren Lösungsstrategien. Angesichts einer strukturellen Überakkumulationskrise in den Leitsektoren der Industrialisierung – der Textilindustrie und dem Eisenbahn- und Maschinenbau – mussten die Produktionsverhältnisse den neuen Bedingungen angepasst werden. Um das Kapital und die von einer massiven Agrarkrise betroffenen Bauern zu schützen, intervenierten die Staaten zunehmend, beispielsweise mit Schutzzöllen. Aufgrund der Überakkumulation von Kapital begann ausserdem ein Run auf die Kolonien zur Sicherung von Rohstoffen und Warenexporten, vor allem aber zur Erweiterung der Kapitalreproduktion.

Politisch war die Zeit gekennzeichnet durch eine Krise des bis 1890 in den meisten europäischen Staaten führenden Liberalismus. In vielen Ländern spalteten sich die Liberalen. Ein Teil schloss sich nationalistischen und imperialistischen Ideen an und wandte sich mit den Konservativen gegen die sich formierende und radikalisierte Arbeiterbewegung. Ein kleinerer Teil blieb den fortschrittlichen liberalen und radikalen Ideen treu. Dies trifft auch auf die Schweiz zu.

Viele Liberale und Radikale begannen sich aufgrund der militärischen Erfolge Bismarcks im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 und der wirtschaftlichen Dynamik des deutschen Kaiserreichs an Deutschland zu orientieren, während die Arbeiter- und kleinbürgerlichen Schichten weiterhin mit dem demokratischeren und republikanischen Frankreich sympathisierten. Auch der berühmte «Graben» zwischen der deutschen und welschen Schweiz, der sich im Ersten Weltkrieg verschärfte, hatte durchaus einen Klassencharakter. Dennoch gab es sowohl in der deutschen als auch in der welschen Schweiz entschiedene Anhänger des deutschen Kaiserreichs als auch des republikanischen Frankreichs.

Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg war in der Schweiz eine Periode heftiger politischer Auseinandersetzungen und Streiks mit wenig Vermittlungs- und Konsensstrukturen. Ziel des Bürgertums war nicht die Integration aller gesellschaftlichen Gruppierung in den bürgerlichen Staat, sondern der Schulterchluss gegen die Arbeiterbewegung. 1891 gestand der Freisinn – die Partei der Liberalen und Radikalen –, der bis dahin alle Mitglieder des Bundesrats (nationale Regierung) stellte, den Katholisch-Konservativen einen Bundesratssitz zu. Im selben Jahr wurde ein erstes Mal der 1. August als Nationalfeiertag begangen, eine Konkurrenzveranstaltung zur 1889 erstmals durchgeführten 1.-Mai-Feier, dem Kampftag der internationalen Arbeiterbewegung für den 8-Stunden-Tag. Die Sozialdemokraten galten als «vaterlandslose Gesellen», eben Nichtbürger, wobei die Konnotation «bürgerlich» nicht nur damals, sondern bis heute nach rechts

und reaktionär hin völlig offen ist, wenn wir an die Schweizerische Volkspartei (SVP) denken, die sich für besonders bürgerlich hält.

Prekäre Neutralität

Im Laufe des Ersten Weltkriegs entwickelte sich die spezifische Rolle der Schweiz im europäischen Staatensystem, wobei die Neutralität anfänglich noch nicht den späteren ideologisch verklärten Stellenwert hatte. (Für die folgenden Ausführungen vgl. Luciri 1976 und Schächli 1981). Schon 1912, anlässlich des Balkankriegs, waren Generalstabschef von Sprecher und der Bundesrat entgegen offiziellen Verlautbarungen der Meinung, dass die Schweizer Armee das Land gegen eine Grossmacht nicht verteidigen könne und es bei einem Angriff zu einem Einverständnis mit dem Gegner des Angreifers über eine militärische Zusammenarbeit kommen müsse. Der gleichzeitige Besuch von Kaiser Wilhelm II. bei den Herbstmanövern des 3. Schweizerischen Armeekorps war ein deutliches Zeichen, an welche Zusammenarbeit hier gedacht war. Mit Österreich und wohl auch mit Deutschland wurden geheime Absprachen über eine militärische Kooperation getroffen, falls die Schweiz von Italien oder Frankreich angegriffen würde (Mittler 2003, 25). Für den Fall eines gemeinsamen Kriegs gegen Italien waren für die Schweiz Gebietserweiterungen auf Kosten Italiens vorgesehen. Dass solche Verabredungen allein gegen Italien und Frankreich abgeschlossen wurden, zeigt, wie die Neutralität von Bundesrat und Armeeführung verstanden wurde.

Dieselbe Logik galt auch für die Kriegsvorsorge. Im Fall eines allgemeinen europäischen Kriegs, mit dem man durchaus rechnete, hätten die Getreidevorräte der Schweiz nach Schätzungen des Generalstabs für etwa drei Monate ausgereicht. Falls er länger dauern sollte, sahen Bundesrat und Generalstab vor, aufseiten des Siegers in den Krieg einzutreten. Klar war, dass es sich dabei nur um das wirtschaftlich dynamische, von keinen demokratischen Fesseln behinderte deutsche Kaiserreich handeln konnte.

Eindeutig neutralitätswidrig war auch die Politik während des Kriegs. Während das Kriegskommissariat unter der Leitung von Bundesrat Obrecht seine Stellung dazu missbrauchte, die Zentralmächte mit kriegswichtigen Gütern zu versorgen, lieferten, wie in der «Oberstenaffäre» von 1915/16 bekannt wurde, zwei hohe Generalstabsoffiziere den Deutschen und Österreichern alle gewünschten militärischen Informationen, wofür sie von der Armeeführung nur widerwillig und milde bestraft wurden.

Bis 1917 wurde die schweizerische Aussenpolitik beinahe ausschliesslich von zwei Bundesräten bestimmt; von Arthur Hoffmann, einem Vertreter der Textilindustrie und der Banken, er war vorher Direktor der Kreditanstalt, und von Edmund Schulthess, dem Vertreter der Maschinenindustrie im Bundesrat, er war vorher Rechtsanwalt von Brown Boveri.

Eine noch nicht so wichtige Rolle spielte damals Bundesrat Giuseppe Motta, Verwaltungsrat der Bodio Gotthardwerke von Brown Boveri, die Krupp mit kriegswichtigen Gütern belieferte. Motta konnte sich erst später mit seiner Vorliebe für Mussolini so richtig in Szene setzen.

Ein besonders opportunistisches Verhältnis zur Neutralität hatte die Führung der Armee. Ob General Wille auf einen Eintritt der Schweiz in den Krieg gedrängt hat, wie das Niklaus Meienberg schrieb, ist schwer nachzuweisen (Meienberg 1987). Bis heute verweigert die Familie Wille Historikern den Zugang zu ihrem Familienarchiv, und das wohl nicht ohne Grund. Immerhin ging Willes Bereitschaft, sich mit dem vermuteten Sieger Deutschland zu verbinden, in seinem Exposé an den Bundesrat vom Sommer 1915 sehr weit, wenn er in Betracht zog, das Tessin zu opfern, um ohne Schwächung «Schulter an Schulter mit unserem grossen Alliierten für die Erreichung von deren Kriegszweck» kämpfen zu können (Kreis 2014, 129). Und am 20. Juli 1915 schrieb er im berühmten «Säbelrasselbrief» an den ihm nahestehenden Bundesrat Hoffmann: «[...] dass etwas mit dem Säbel rasseln im gegenwärtigen Moment nur vorteilhaft sein könnte» und er, wenn es sein müsse, «den gegenwärtigen Moment für das Eintreten in den Krieg als vorteilhaft erachte» (zit. bei Kreis 2014, 129). Eine etwas andere Linie als die Armeeführung verfolgte der Bundesrat im Einklang mit der Wirtschaftsoligarchie. Dieser war zwar auch prodeutsch, hielt aber an der Neutralitätspolitik fest, solange diese Profit einbrachte.

Dass im Weltkrieg die Neutralität eine prekäre Sache war, hat nicht erst die Archivarbeit der Historiker zutage gefördert. Sie wurde schon im Januar 1915 von Robert Grimm in seinem Aufsatz «Neutralität und Wirtschaftsbeziehungen» zum Thema gemacht. Er zitiert verschiedene Artikel, etwa in der *Neuen Zürcher Zeitung*, in denen «offen und geheim davon gesprochen wird, dass der Zeitpunkt kommen könne, da die Schweiz aus ihrer Neutralität heraustreten müsse. [...] Jedenfalls darf sich die Arbeiterklasse vom Schlagwort der nationalen Unabhängigkeit nicht blenden lassen. Sie darf es insbesondere in dieser ernsten Zeit nicht und muss sich stets bewusst bleiben, dass unter diesem Schlagwort häufig genug das Interesse der herrschenden Klasse verstanden ist.» Dieses sei aber nicht Demokratie und Freiheit wie zur Zeit der bürgerlichen Revolutionen, sondern Mehrung des Profits. Dabei seien diese Interessen nicht einheitlich. Ein grosser Teil der Unternehmen, wie die Grossbanken, die Schweizerische Kreditanstalt und der Schweizerische Bankverein, aber auch ein grosser Teil der Maschinen-, Waggon- und Elektroindustrie wie die Gebrüder Sulzer, Escher Wyss, Saurer Arbon, die Maggiwerke und viele Textilunternehmen seien eng mit dem deutschen Kapital verflochten, wie es auch Firmen gebe, die mit dem französischen Kapital verbunden seien (Grimm 1915a, 44ff.).

Der Weg nach Zimmerwald und die Radikalisierung der Arbeiterbewegung

Robert Grimm sah in seinen Aufsätzen die Neutralität von aussen und von innen bedroht. Insbesondere die Armeeführung war für ihn eine Gefahr, in den Krieg hineingerissen zu werden. Als Fazit ergab sich für Grimm die Notwendigkeit, die Armeeführung politisch zu kontrollieren und die Neutralität hartnäckig zu verteidigen: Das Klasseninteresse der Arbeiterschaft müsse «massgebend sein, und das liegt nicht auf Seite der Kapitalisten und des nationalen Grössenwahns, der sich jetzt schon mit den Gedanken einer Intervention vertraut macht. Hier müsste sie den Kampf für die absolute Aufrechterhaltung der Neutralität bis zum äussersten aufnehmen. Sie müsste es tun selbst auf die Gefahr hin, dass dadurch die Schwierigkeiten in der Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung des Landes noch grösser werde als jetzt.» Dies bedeute gegenüber einem Krieg «noch immer das kleinere Übel» (Grimm 1915a, 54f.).

Sicher wurde die fragwürdige Politik des Bundesrates durch das Vollmachtenregime begünstigt, mit welchem das Parlament zu Beginn des Kriegs am 3. August 1914 beinahe alle seine Rechte dem Bundesrat übertragen und damit eine wirksame politische Kontrolle ausser Kraft gesetzt hatte. Nur die welschen sozialdemokratischen Nationalräte Charles Naine und Ernest Graber hatten sich als Pazifisten der Stimme enthalten. Grimm erkannte sehr rasch, dass seine Zustimmung ein Fehler war. Gefördert wurde diese Einsicht wohl dadurch, dass die erste Massnahme des Bundesrates nach dem 3. August 1914 das Ausserkraftsetzen des Fabrikgesetzes war, was zu wesentlichen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen führte, insbesondere für Frauen, welche in den Fabriken die mobilisierten Männer ersetzten. So schreibt Grimm im Januar 1915 im Aufsatz «Klassenkampf und Nation», die internationale Solidarität sei über die nationale Solidarität mit der herrschenden Klasse zu stellen und die Arbeiterklasse müsse «sich von ihrer bisherigen nationalen Ideologie freimachen» (Grimm 1915a, 11). Und in seinem Beitrag «Wir müssen wagen!» vom März 1915 hält er fest: Die Sozialdemokraten müssten «die Teile der Arbeiterschaft unterstützen, die für den Frieden kämpfen, auf den Burgfriedenspfeifen und den Klassenkampf aufnehmen», und es sei zu wählen zwischen «offizielle[r] Parteipolitik, d. h. die Fortsetzung des Mordens», und «Opposition für die Beendigung des Krieges». Die zweite Position sei richtig: «Wir müssen wagen! Dieses Wort enthält die ganze Politik der Stunde.» (Grimm 1915c, 70)

Damit war der Weg zur Konferenz von Zimmerwald vom 5. bis 8. September 1915 vorgezeichnet, wo Grimm linke sozialdemokratische GegnerInnen des Burgfriedens aus verschiedenen europäischen Ländern versammelte. Am sozialdemokratischen Parteitag in Aarau im November 1915

brachte er dann die Partei nach heftigen Diskussionen mithilfe der Parteibasis dazu, den Zimmerwalder Beschlüssen zuzustimmen. Und am Parteitag in Bern vom 9./10. Juni 1917 lehnte die SPS dann folgerichtig die militärische Landesverteidigung ab.

Zuspitzung der politischen Gegensätze

Am Anfang des Kriegs in den meisten Ländern in den Burgfrieden eingebunden, radikalisierten sich die Arbeiterschichten während des Kriegs aufgrund meist katastrophaler Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen. Das Elend der Arbeiter- und kleinbürgerlichen Schichten kontrastierte mit den hohen Gewinnen der für den Krieg produzierenden Industrien sowie dem weiterhin recht behaglichen Leben gut gestellter bürgerlicher Kreise. Besser gestellt dank «patriotischer» Preistreiberien waren auch die Bauern, das bürgerliche Bollwerk gegen den Sozialismus. Was immer wieder erstaunt, sind bei aller karitativen Tätigkeit von Mittelstandsfrauen die Stumpfheit und Unberührtheit der Oberschicht gegenüber den Leiden und Problemen der Bevölkerung. Wesentlich zur Radikalisierung haben ausserdem die Militarisierung der Gesellschaft und die Truppeneinsätze bei Streiks und Demonstrationen sowie die antidemokratischen Tendenzen in der Armeeführung beigetragen.

Im Bürgertum machten sich unbestreitbar autoritäre und antidemokratische Tendenzen breit. Nach 1890 geriet die absolute Vorherrschaft des Freisinns ins Wanken. Einerseits war die Hegemonie des «Bürgerblocks» noch nicht hergestellt, andererseits war die Sozialdemokratie noch nicht in den bürgerlichen Staat integriert. Für viele Bürgerliche war es unter diesen Umständen nicht sicher, dass die kapitalistischen Interessen in der Demokratie bruchlos durchgesetzt werden können, und suchten nach Möglichkeiten, die Demokratie zu umgehen. Das am 3. August 1914 beschlossene Vollmachtenregime wurde 1918 nicht beendet, sondern bis 1938 weitergeführt.

Die Radikalisierung der Arbeiterbewegung kulminierte 1918 im Landesstreik. Dieser war hauptsächlich eine Antwort auf die Provokationen durch Truppenaufgebote und die äusserst prekären Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Nach dem Ultimatum des Bundesrates und der Drohung von weiteren Militäreinsätzen musste er abgebrochen werden (Zimmermann 2013, 463ff.; hier auch Zahlen zum Erstarken der Gewerkschaften und der SPS während dem Krieg).

1914–1918 erlebte auch die Schweiz eine bisher nicht gekannte Radikalisierung. Von einer revolutionären Situation kann aber nicht gesprochen werden, da die bürgerlichen Herrschaftsinstrumente, insbesondere die Armee, anders als in Russland, Deutschland und Italien, keineswegs in Auflösung begriffen, sondern fest in bürgerlicher Hand waren. Schon wäh-

rend des Landesstreiks setzte mit der Bildung von Bürgerwehren auch in der Schweiz die europäisch gut vernetzte Reaktion ein. Nicht zufällig war Eugen Bircher, einer der Väter der Bürgerwehren, ein Bekannter von Waldemar Pabst, dem Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (Zimmermann 2013, 475).

Die Schweiz als Drehscheibe: Profitable Neutralität

In der von Grimm und Jacob Lorenz herausgegebenen Zeitschrift *Neues Leben* wurde 1916 eine Diskussion darüber geführt, ob die Schweiz ein imperialistischer Staat sei. Mieczyslaw Bronski (Bronski 1916), ein treuer Anhänger Lenins, bejahte das und versuchte es damit zu beweisen, dass die Schweiz ein Meister im Kapitalexport sei und überall im Ausland wirtschaftliche Interessen habe. Meer Noachimson hingegen stellte diese Argumentation mit Recht infrage, denn Imperialismus könne nicht einfach mit Kapitalismus gleichgesetzt werden, sondern setze einen einflussreichen Staat und einen Militärapparat voraus, mit dem ökonomische Interessen gegebenenfalls mit Gewalt und militärischen Mitteln durchgesetzt werden können (Noachimson 1916). In einer redaktionellen Nachbemerkung zu den zwei Aufsätzen, geschrieben wohl von Grimm, wird angemerkt, dass die Schweiz sehr wohl imperialistische Interessen habe, diese aber nicht selber, sondern nur mithilfe anderer Staaten durchsetzen könne (Grimm, 1916, 93). Die Schweiz hält sich nach Möglichkeit aus militärischen und politischen Konflikten heraus und macht als Trittbrettfahrerin des Imperialismus Geschäfte nach allen Seiten.

Die Schweiz als Fluchtort von Geld und als Steueroase hat eine lange historische Tradition. Die grossen Vermögen entstanden seit dem 16. Jahrhundert nicht nur im Kolonialhandel, sondern vorab im Söldnerhandel. Hier hat auch die Neutralität ihre Wurzeln. Einerseits musste die Eidgenossenschaft als loses und konfessionell zerstrittenes Gebilde auf eine territoriale Expansion verzichten, andererseits waren alle umliegenden Staaten an Söldnerlieferungen durch das eidgenössische Patriziat interessiert. Die Vermögen wurden bei uns zudem nicht von einem absolutistischen Staat mit seinen finanziellen Bedürfnissen abgeschöpft oder konfisziert, im Gegenteil flüchteten seit dem 16. Jahrhundert immer wieder vermögende Familien aus religiösen Gründen in die Schweiz. Auch führte die föderalistische Struktur der Eidgenossenschaft zu tiefen Steuern und schon früh zum Steuerwettbewerb. Schon während des Deutsch-Französischen Kriegs von 1870/71 vervielfachten sich die Gewinne der Schweizer Banken, indem aus der Neutralität Kapital geschlagen wurde (Shaxson 2011, 77).

Dies bewährte sich dann auch im Ersten Weltkrieg. So schreiben Rossfeld und Straumann: «Im Bankensektor beschleunigte der Kreditbedarf der kriegsführenden Länder, der Zustrom ausländischer Vermögen in die

Schweiz und der Absturz ausländischer Währungen den Aufstieg der Schweiz zu einem internationalen Finanzplatz stark.» (Rossfeld/Straumann 2008, 55) Gemäss dem österreichischen Privatbankier Felix Somary war die Schweiz 1929 der grösste Vermögensverwalter des Kontinents (ebd., 56). Das Bankgeheimnis, welches 1934 vom reaktionären Bundesrat Musy offiziellisiert wurde, geht auf die Kapitalflucht vorab aus Deutschland nach dessen Zusammenbruch 1918 zurück. Sein Zweck war nicht der immer wieder angeführte Schutz von Juden vor Verfolgung durch die Nazis (Parma/Vontobel 2009, 29).

Das Gift des Nationalismus

Nichts hat das 20. Jahrhundert mehr bestimmt als der Ungeist und das Gift des Nationalismus. Als sich abzeichnete, dass der Krieg länger dauern würde, beschloss die schweizerische Armeeführung einen Spezialdienst ins Leben zu rufen, eine Art Vorläufer von «Heer und Haus», der ideologischen Schulungsabteilung der Armee im Zweiten Weltkrieg, um die wegen des geringen Solds der Wehrmänner und der völlig ungenügenden Notunterstützung ihrer Frauen und Kinder dahinschwindende Dienstmoral der Truppe zu stärken. Es galt Verständnis für das Vaterland zu wecken und das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Sicherheit und Unabhängigkeit der Schweiz auf der Armee beruht.

«Unsere Welschen» erschienen General Wille als besonders erziehungsbedürftig; sie wollte er «in Ordnung» bringen. Dazu seien in der Schweizer Geschichte zwei Perioden hervorzuheben, die glorreiche Zeit der eidgenössischen Kriege von Morgarten bis Marignano und die Zeit des Untergangs der Alten Eidgenossenschaft als Beispiel eines »schlecht regierten, politisch, moralisch und militärisch nicht auf den Krieg vorbereiteten Landes» (zit. bei Kreis 2014, 149). In diesem ideologischen Kontext steht auch die erste Feier der Schlacht bei Morgarten 1915, die Gründung der antisozialistischen Neuen Helvetischen Gesellschaft sowie die Förderung von Bauern, Dialekt und ländlichem Brauchtum als Bollwerke gegen «fremde Hochflut». In dieser Hinsicht hervorgetan hat sich schon der Grossvater von Milliardär und Altbundesrat Christoph Blocher, Pfarrer Eduard Blocher, der fand, die von den Deutschen überfallenen Belgier seien kein Volk, und das Glück der Schweiz darin sah, dass keine Mischkultur entstanden sei und es keine Mauer zwischen der deutschen Schweiz und Deutschland gebe (Kreis 2014, 200). Und noch mehr an unseren zeitgenössischen Christoph Blocher erinnert die Meinung in einem Journal, das vom Sohn von General Ulrich Wille mit herausgegeben wurde, die Welschen «seien im besten Fall historische Gäste auf dem Territorium der Schweiz und falls sie zu unverschämt würden, müsse man ihnen Vernunft beibringen» (zit. ebd.).

Begleitet wurde der Ungeist des Nationalismus durch entsprechende politische Massnahmen: die Einführung von Grenzkontrollen und dann 1917, als das Bürgertum aufgrund der sich verschärfenden sozialen Krise und der Radikalisierung der Arbeiterbewegung paranoid wurde, die Einrichtung der Fremdenpolizei, die Notverordnung zur Ausländerkontrolle, der Visumszwang, das Obligatorium für Gesundheitsatteste und Ausländerausweise. 1920 forderte die vom reaktionären und später nazifreundlichen Arzt Eugen Bircher lancierte Ausländerinitiative den Inländervorrang und eine Begrenzung der Zahl der Immigranten. Die Initiative wurde allerdings vom Volk in der Phase des Tauwetters 1919–1921 abgelehnt. Die Massnahmen dienten nicht der Abschreckung von zahlungskräftigen Hotelgästen aus England, sondern der Abwehr von «Kriegskrüppeln» und der Verhinderung einer Überschwemmung der Schweiz mit Deserteuren, Juden und Bolschewiken.

Die Schweiz als Drehscheibe im imperialistischen System und als Schatzinsel

Wenn wir abschliessend die Zeit 1914–1918 beurteilen, so ist die Bilanz mehr als ambivalent. Zwar konnte das Proporzwahlrecht 1918 noch während des Kriegs durchgesetzt werden und als politische Konzession an den Landesstreik der Acht-Stunden-Tag. Trotz des grossen Einsatzes der Mittelstands- und Arbeiterfrauen während des Kriegs wurde ihnen das Frauenstimm- und Wahlrecht in der «Musterdemokratie» jedoch verweigert. Und die Kriegs- und Nachkriegszeit ist durch eine wachsende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen gekennzeichnet.

Als äusserst profitabel erwies sich die Neutralität. Zwei Drittel der Exporte waren Kriegsmaterial – die Wirtschaft und die Bourgeoise waren eindeutig die Gewinner des Kriegs. Die Unternehmen gewannen an wirtschaftlicher Selbständigkeit und Unabhängigkeit vom deutschen und französischen Kapital. Der Weg war frei für den Aufstieg der Banken und Versicherungen, der Maschinen- und Elektroindustrie sowie der Chemie.

Gesellschaftlich ist die Bilanz vorwiegend negativ. Zugenommen hatten nicht nur ein giftiger Nationalismus, sondern auch die Fremdenfeindlichkeit, die Abschottung gegen aussen, also «Bedrohung und Enge», wie das der Historiker Hans Ulrich Jost in seinem Beitrag für die Zeit zwischen 1914 und 1945 in der *Geschichte der Schweiz und der Schweizer* beschrieben hat (Jost 1983).

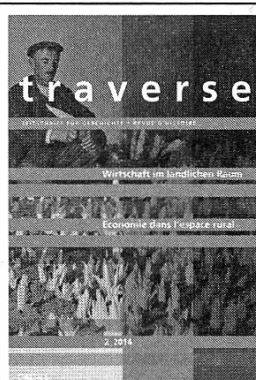
Ist die Schweiz eine Insel, wie Georg Kreis sein Buch betitelt hat? Damit wird nicht erfasst, dass die schweizerische Aussenpolitik wirtschaftliche Offenheit mit politischer Abschliessung kombiniert hat. Der Begriff der Insel für die Schweiz ist ein Mythos, auch wenn im Vergleich mit den unsäglichen Leiden und katastrophalen Zuständen in den kriegsführenden

Staaten hier deutlich bessere Verhältnisse herrschten. Doch auch hierzu-lande nahm die Verarmung und Verelendung zu, soziale Unterschiede verschärften sich, autoritäre Tendenzen hatten Aufschwung. Die Schweiz also weder Insel noch Sonderfall und wenn schon eine Insel, dann eine «Schatzinsel» wie Nicholas Shaxson die Steueroasen nennt, welche die Demokratie untergraben.

Literatur

- Bronski, Mieczyslaw, 1916: Das imperialistische Problem der Schweiz. In: Neues Leben, Heft 2, Bern, 1–9
- Clark, Christopher, 2013: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München
- Eberle, Willi / Schächli, Hans, 2007: Eine Skizze zur polit-ökonomischen Analyse der Schweiz. In: Denknetz-Jahrbuch, Zürich, 96–107
- Grimm, Robert, 1915a: Klassenkampf und Nation. In: Neues Leben, Heft 1, Bern, 1–11
- Grimm, Robert, 1915b: Neutralität und Wirtschaftsbeziehungen. In: Neues Leben, Heft 2, Bern, 44–55
- Grimm, Robert, 1915c: Wir müssen wagen! In: Neues Leben, Heft 3, Bern, 65–70
- Grimm, Robert, 1916: Der Hintergrund der Affären. In: Neues Leben, Heft 1, Bern, 1–9
- Jaun, Rudolf, 1999: Preussen vor Augen. Das schweizerische Offizierskorps im militärischen und gesellschaftlichen Wandel des Fin de siècle. Zürich
- Jost, Hans Ulrich, 1983: Bedrohung und Enge (1914–1945). In: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Bd. 3. Basel, 101–190
- Kolko, Gabriel, 1999: Das Jahrhundert der Kriege. Frankfurt a. M.
- Kreis, Georg, 2014: Insel der unsicheren Geborgenheit. Zürich
- Kuhn, Konrad J. / Ziegler, Béatrice, 2014: Der vergessene Krieg. Spuren und Traditionen im Ersten Weltkrieg. Baden
- Labhardt, Robert, 2014: Krieg und Krise. Basel 1914–1918. Basel
- Luciri, Pierre, 1976: Le prix de la neutralité. La diplomatie secrète de la Suisse en 1914–1915. Genf
- Meienberg, Niklaus, 1987: Die Welt als Wille und Wahn. Zürich
- Mittler, Max, 2003: Der Weg zum Ersten Weltkrieg: Wie neutral war die Schweiz? Kleinstaat und europäischer Imperialismus. Zürich
- Münkler, Herfried, 2013: Der Grosse Krieg. Die Welt 1914 bis 1918. Berlin
- Noachimson, Meer, 1916: Ist die Schweiz ein imperialistischer Staat? In: Neues Leben, Heft 3, Bern, 90–93
- Parma, Victor / Vontobel, Werner, 2009: Schurkenstaat Schweiz? Steuerflucht: Wie sich der grösste Bankenstaat der Welt korrumpiert und andere Länder destabilisiert. München
- Pätzold, Kurt, 2014: Im Sumpf. Zur Debatte um Kriegsursachen und Kriegsschuld vor dem 100. Jahrestag des Weltkrieg-I-Beginns. In: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung, 98, Frankfurt a. M., 81–93
- Rossfeld, Roman / Straumann, Tobias 2008: Zwischen den Fronten oder an allen Fronten. In: dies. (Hg.): Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmer im Ersten Weltkrieg. Zürich
- Schächli, Hans, 1981: Neutralität und Landesverteidigung. Wie es im 1. Weltkrieg zu und her ging. In: Profil/Rote Revue, 2, Bern, 14–17

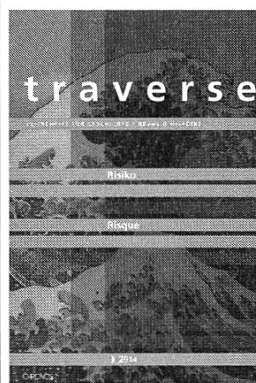
- Segesser, Daniel Marc, 2013: Nicht kriegsführend, aber doch Teil eines globalen Krieges. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Bd. 63, Heft 3, Bern, 364–381
- Shaxson, Nicholas, 2011: Schatzinseln. Wie Steueroasen die Demokratie untergraben. Zürich
- Sprecher, Daniel, 2000: Generalstabschef Theophil Sprecher von Bernegg. Zürich
- Sprecher, Daniel, 2002: Die Generalwahl vom 3. August 1914. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Bd. 52, Heft 2, Bern, 163–193
- Stone, Norman, 2007: World War One. A Short History. London
- Wette, Wolfram, 2014: 1914. Der deutsche Wille zum Zukunftskrieg. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1, Berlin, 41–53
- Zimmermann, Adrian, 2013: Die Niederlande und die Schweiz im November 1918. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Bd. 63, Heft 3, Bern, 453–478



Wirtschaft im ländlichen Raum

Inwiefern ist die «Natur» konstitutives Element spezifischen Wirtschaftens in ländlichen Räumen? Wodurch zeichnen sich Handlungslogiken der WirtschaftsakteurInnen aus? Welche Rolle spielen saisonale und andere arbeitsorganisatorische Aspekte für die Wirtschaft in ländlichen Räumen? Diesen Fragen geht diese Ausgabe der Traverse nach.

Wirtschaft im ländlichen Raum – Economie dans l'espace rural
traverse 2014/2. 192 S., 15 Abb. Br. CHF 28



Risiko

Die Beiträge im Heft befassen sich unter anderem mit Praktiken der Quantifizierung von Risiko im Versicherungswesen, mit Umgang und Wahrnehmung sowie Verrechtlichung und Politisierung von Natur- und Umweltkatastrophen in der Schweiz im Kontext gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen oder auch mit wissenschaftlichen Zukunftsprognostiken über Risiken moderner Wirtschafts- und Lebensformen.

Risiko / Risque
traverse 2014/3. ca. 200 S., ca. 10 Abb. Br. CHF 28. Oktober 2014



traverse erscheint dreimal jährlich

Abo CHF 75, für Studierende CHF 54. Einzelheft CHF 28

Chronos Verlag · Eisengasse 9 · 8008 Zürich · www.chronos-verlag.ch